

Auf ein Wort vorweg: Wir machen Kommunalpolitik für die Bürger_innen



Liebe Genossinnen und Genossen,

das ist die letzte Ausgabe der StaVo aktuell in diesem Jahr. Es war für die Fraktion ein erfolgreiches Jahr. Wir haben unsere Rolle als stärkste Oppositionsfraktion voll erfüllt. Unsere Haushaltsanträge waren überzeugend – sogar so überzeugend, dass die Koalition den Planungskosten für eine Straßenbahn nach Wixhausen zugestimmt hat.

Wir haben mit zahlreichen Bürgersprechstunden guten Kontakt zu Bürgerinnen und Bürgern aufbauen können. Auch die Zusammenarbeit mit der Partei läuft reibungslos. Wir stimmen uns sehr eng ab und erzielen damit eine gute Außenwirkung.

Die Mitglieder der Fraktion kümmern sich um die großen und kleinen Themen in unserer Stadt. In den fachlichen Diskussionen sind wir gut verankert. Bei den Schulentwicklungsplänen, der Kinderbetreuung oder der Wohnraumentwicklung. Unsere Vorstellungen zur Verkehrsentwicklung werden gehört und zeigen einen Weg, wie die Verkehrswende gelingen kann.

Es freut mich auch, dass immer mehr Genossinnen und Genossen mit eigenen Vorstellungen auf uns zukommen. Das bereichert unsere Arbeit und trägt damit zum Erfolg der SPD insgesamt bei.

Ich wünsche Euch und Euren Familien einen guten Start ins neue Jahr und uns allen die Kraft die wir brauchen, um weiter Kommunalpolitik für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und in den Stadtteilen zu gestalten.

Euer

Michael Siebel
Fraktionssprecher



„Die Planung geht an Interessen und Bedürfnissen im Stadtteil vorbei“

Von Tim Sackreuther



Mir ist es wichtig, den historischen Ortskern von Arheilgen zu erhalten. Gleichzeitig möchte ich die traditionsreichen, gewachsenen Gewerbe- und Einzelhandelsstrukturen stärken. Der von grün-schwarz forcierte Bau eines Aldi im Zentrum läuft beidem zuwider. Deshalb haben die SPD-Fraktion und der Arheilger Ortsverein die Pläne von Beginn an abgelehnt und kritisch begleitet. Der Discounter plant, einen großflächigen Einkaufsmarkt zu bauen, wo sich bisher ein Parkplatz, ein Getränkemarkt und ein Kinderspielplatz befinden. Über dem Markt hat Aldi Wohnungen geplant, wobei auch anteilig öffentlich geförderter Wohnraum beinhaltet ist.

In der Stadtverordnetenversammlung ließ die Koalition nun über einen sogenannten Vorhabenbezogenen Bebauungsplan und die Änderung des derzeit gültigen Plans abstimmen, was für die Realisierung des Projekts notwendig ist. Der bisherige Bebauungsplan war nämlich an das bauhistorische Erbe des alten Arheilger Ortskerns angelehnt. Herausstechendes Merkmal: eine besonders kleinteilige und offene Bauweise.

Aber damit ist jetzt Schluss. Grüne und CDU wollen fast 90 Prozent der Fläche von Aldi überbauen lassen. Damit geben sie Teile unseres historischen Ortskerns der Zerstörung preis. Das ist mein erster Kritikpunkt an diesem Projekt. Mein zweiter Kritikpunkt findet sich in den Gutachten von Naturschutzbehörde und Naturschutzbeirat. Darin wird vor einer Versiegelung der Flächen mit kleinklimatischen Folgen gewarnt.

Mein dritter Kritikpunkt: Ein weiterer Aldi, dann angesiedelt im Ortskern, passt überhaupt nicht zum tatsächlichen Bedarf in Arheilgen. Mal abgesehen davon, dass der Markt auch baulich in keinsten Weise dahin passt. Ein zweiter Aldi in Arheilgen, der sich nur wenige hundert Meter vom Edeka-Vollversorger und inmitten mehrerer

Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte befindet, ist keine Verbesserung. Und das führt zum vierten Kritikpunkt: Die Filiale würde zu einer Gefahr für die Vielfalt der Nahversorgung in Arheilgen. Denn es ist zu befürchten, dass der Discounter zu einer Verdrängung anderer Geschäfte führt. Dieser Prozess läuft doch schon. Der Arheilger Getränkemarkt ist sein erstes Opfer.

Hinzu kommt, dass die Dimensionen des geplanten Marktes die Verkehrslage im Arheilger Zentrum vor eine harte Probe stellen würden. Das ist mein fünfter Kritikpunkt. Die Frankfurter Landstraße mit dem Durchgangsverkehr, Radfahrern, Fußgängern und nicht zuletzt den Straßenbahnlinien kann den An- und Abfahrtsverkehr eines solchen Marktes – vor allem die Anlieferung durch große LKW – nicht tragen. Außerdem verstärkt sich der ohnehin schon latente Parkdruck im Arheilger Ortskern. Zu genau diesem Ergebnis kommt auch das verkehrspolizeiliche Gutachten.

Neben all den geschilderten Details ist an dem ganzen Projekt aber noch etwas anderes ganz grundsätzlich problematisch – und das ist die Bürgerbeteiligung und wie Grün-Schwarz sie ausgestaltet: nämlich gar nicht. Da wird eine der letzten Freiflächen im Zentrum Arheilgens nicht gemeinsam mit Akteuren und Initiativen aus Arheilger Bürgerschaft und Gewerbe entwickelt, sondern am tatsächlichen Bedarf im Ort und an den Interessen im Stadtteil vorbei. Dabei haben wir grade in Arheilgen mit der Entwicklung des Ortskerns rund um den Löwenplatz und den Vollversorger in der Vergangenheit fantastische Erfahrungen gemacht. Diese Chance hat die Stadtregierung leider verspielt.

Schon in der Vergangenheit hatten wir das Vorgehen der Koalition scharf kritisiert. Es findet entgegen zahlreicher Versprechungen und Bürgerbeteiligungsrichtlinien nämlich keine ernstzunehmende Bürgerbeteiligung statt. Und dies grade bei einem solchen Thema, zu dem in Arheilgen ein großes Interesse an Beteiligung und einer gemeinsamen Entwicklung der Flächen besteht. Vielmehr wurde der Verkauf von Grundstücken an Aldi bereits beschlossen, bevor die Option auch nur ansatzweise im eigens eingerichteten Stadtteilforum diskutiert wurde. Die Stadt macht es sich so bequem, denn Aldi baut ja gleichzeitig auch noch Wohnungen. Anstatt aber eine solche Fläche selbst zu entwickeln und eine Bebauung mit dem Bauverein und Akteuren im Stadtteil zu entwickeln, macht sich der Magistrat zum ausführenden Gehilfen einer Markt- und Unternehmensstrategie seitens der Firma Aldi, anstatt sich an Bedürfnissen und Interessen im Stadtteil zu orientieren.



„Ich wollen beides: das Umweltzentrum und unsere Gestaltungsfreiheit“

Von Klaus Uebe



Wir wollen das Umweltbildungszentrum, das der BUND anstelle des nördlichsten Gewächshauses der einstigen Stadtgärtnerei in der Orangerie errichten möchte. Wir wollen das Zentrum, weil es für die Bürger_innen der Stadt viele Vorteile hat, insbesondere für die vielen Schüler_innen der zehn Schulen, die sich in einem Umkreis von einem Kilometer befinden. In der Zeit des Klimanotstandes kann das Zentrum ein Ort für Information und Wissensvermittlung werden.

Wir wollen uns aber auch die Freiheit bei der Gestaltung des Orangeriegeländes erhalten. Deshalb lehnen wir das vom BUND geforderte Erbbaurecht ab.

Das Erbbaurecht soll nämlich für 66 Jahre bestellt werden, und zwar an einer Fläche von 600 qm, dort, wo jetzt das Unterkunftsgebäude steht. In der Diskussion um die Zukunft des Stadtgärtneriegeländes habe ich für die SPD-Fraktion wiederholt darauf hingewiesen, welche Nachteile dadurch entstehen und tatsächlich schon entstanden sind, wenn Erbbaurechte in Parkanlagen und auf Plätzen der Stadt vergeben werden. Ein Beispiel ist die Gaststätte im Herrengarten.

Ich habe gehört, dass vereinbart werden soll, dass auf Verlangen der Stadt das Erbbaurecht zurückgegeben wird. Man will also einen sogenannten Rücktritt vorbehalten. Dies ist rechtlich nicht zulässig. Das Erbbaurechtsgesetz verbietet das.

Bestellt die Stadt Darmstadt also ein Erbbaurecht an den betreffenden 600 qm des Orangeriegartens, dann muss sie damit rechnen, dass sie 66 Jahre daran gebunden ist und dass sich der Berechtigte dieser 600qm gebärt wie ein Grundstückseigentümer, z.B. seine Nachbarrechte geltend macht. Werden Flächen in der Nähe des Erbbaurechts gestaltet, etwa für die Verwirklichung des inklusiven Cafés, so muss Rücksicht genommen werden auf den Erbbauberechtigten. Auch muss damit gerechnet werden, dass der Träger des Cafés als nächster beantragen wird, ein Erbbaurecht eingeräumt zu bekommen.

Das Erbbaurecht beeinträchtigt also nicht nur die Gestaltung jener 600 qm des Parks, sondern des gesamten nördlichen Raumes der Orangerie – und das für die nächsten 66 Jahre.

Das Dilemma ist nun, dass wir an unserer Gestaltungsfreiheit festhalten wollen, aber eben auch an dem geplanten Umweltbildungszentrum. Doch das Dilemma ist zu lösen. Der BUND wünscht das Erbbaurecht nämlich, um einen Bankkredit in Höhe von 170.000 Euro zu bekommen. Die Lösung liegt darin, dass die 600 qm nur verpachtet werden und die Stadt entweder selbst den Kredit zur Verfügung stellt, oder sich zur Absicherung des Kredits verbürgt. So lässt sich beides miteinander vereinbaren: Umweltzentrum und Erhaltung der Gestaltungsfreiheit.

„Stadt gibt Kontrolle ab und entzieht sich ihrer sozialen Verantwortung“

Von Tim Sackreuther



Wir wollen unsere Vereine stärken, ebenso Arbeitnehmer_innen. Deshalb haben wir die Neuausrichtung der Darmstädter Sportstätten GmbH & Co. KG (DSG) abgelehnt. Leider wurde sie mit den Stimmen der Koalition aus Grünen und CDU beschlossen. Beschlossen wurde damit, dass nun ab April 2020 die kommunalen Sportstätten Bürgerpark-Halle, das Leichtathletikzentrum am Bürgerpark, die Rollsporthalle, die Hirtengrundhalle und die Sporthalle Kasinostraße der GmbH übertragen werden.

Ist die DSG wirklich der richtige Ort, um den Betrieb dieser Sportstätten organisatorisch zu bündeln? Nachdem die DSG nicht mehr für den Betrieb des Böllenfalltorstadions zuständig ist, hätten sich dort nun neue Ressourcen ergeben, heißt es. Außerdem verspricht sich die grün-schwarze Stadtregierung eine größere Effizienz beim Betrieb der Sportstätten und Kosteneinsparungen – unter anderem durch steuerliche Vorteile. Aber die Risiken und Nebenwirkungen dieser Auslagerung übertreffen definitiv mögliche Vorteile, die sich hier ergeben könnten.

Zum einen verliert man in einer GmbH wie der DSG an öffentlicher Kontrolle, da die Sportstätten eben nicht in einem Eigenbetrieb oder direkt beim Sportamt gebündelt werden. Auch das wäre eine Möglichkeit gewesen, wenn es allein um eine effizientere Organisation ginge. Außerdem ist mit Kostensteigerungen bei der Anmietung der Sportstätten zu rechnen, da die DSG wirtschaftlichen Effizienzkriterien folgen muss und wird. Ich befürchte zudem negative Folgen für Vereine, die auf die Sportstätten angewiesen sind. Das erschwert für Sportvereine die Planungssicherheit und mit dieser müssen sie aktuell schon kämpfen. Zwar verspricht die Stadt einen Ausgleich möglicher Mehrkosten durch Zuschüsse. Aber die müssen beantragt werden. Und wenn man sich die Sportförderung bisher anschaut, habe ich größte Bedenken, dass die Vereine am Ende nicht Leidtragende dieser Auslagerung sein werden.

Leidtragende sind auch die Beschäftigten im Bereich der Sportstätten, die ebenfalls ausgelagert werden. Zwar können die derzeit Beschäftigten ihr Arbeitsverhältnis und die betrieblichen Vereinbarungen mit der Stadt Darmstadt erhalten, sofern sie einem Übergang widersprechen. Neuanstellungen laufen zukünftig aber ausschließlich über die DSG, womit mittel- oder langfristig keine städtischen Beschäftigten mehr an den betreffenden Sportstätten arbeiten werden. Die DSG ist an die Tarife oder Dienstvereinbarungen der Stadt nicht gebunden und auch der städtische Personalrat kann hier zukünftig keinen Einfluss mehr nehmen. Die Stadt gibt für diese kommunalen Sportstätten also auch die künftige Kontrolle über die Beschäftigungsverhältnisse ab und entzieht sich somit ihrer sozialen Verantwortung.

Gute Arbeit in der Pflege

„Wir stehen an der Seite der Beschäftigten des Wohnpark Kranichstein“

Von Anne Marquardt



Gute Löhne für gute Arbeit – hierfür stehen wir. Deshalb kämpfen wir auch für eine bessere Bezahlung der städtischen Beschäftigten. Die Mitarbeiter_innen der Seniorenresidenz Wohnpark Kranichstein GmbH sind zwar keine städtischen Beschäftigten, so dass wir als Stadtverordnete keinen Einfluss nehmen können. Gleichwohl haben sie unsere Solidarität verdient. Deshalb haben wir einen Antrag der Fraktion „die Linke“ unterstützt, der ein Appell an die Betreiber der Seniorenresidenz ist.

Diejenigen Betreiber, die den tariflosen Zustand dort und die über 20-jährige Durststrecke ohne Lohnerhöhungen eigentlich beenden wollten, dann aber ihre Zustimmung zum ausgehandelten Haustarif wieder zurückzogen und stattdessen eine hausinterne Regelung ohne Tarifvertrag vorlegten, die die Angestellten deutlich schlechter stellte, als ursprünglich vereinbart.

Wir appellieren an diese Betreiber, weil wir damit ein Zeichen setzen wollen für faire Löhne und die Wertschätzung des Pflegeberufs. Und wir solidarisieren uns mit den Angestellten, die im Oktober in Warnstreik traten. Denn Streik ist ein legitimes Mittel, das angewendet werden sollte, wenn Gespräche nicht helfen.

„Vertrauensvoller Partner bei der Schaffung von bezahlbaren Wohnungen“

Von Oliver Lott



Wir brauchen bezahlbare Wohnungen in Darmstadt. Das beste Mittel hierfür ist kommunaler, sozialer Wohnungsbau. Deshalb begrüße ich die Vorlage zum Verkauf des Messplatzes an die Bauverein-Tochter bvd daheim GmbH & Co KG.

Besonders lobenswert ist, dass im Gegensatz zum Verkauf des Trainingsbades dieses Mal die Anregung aufgenommen wurde, die Schaffung von 45% öffentlich geförderter Wohnungen direkt mit in die Vorlage aufzunehmen. Dass das Gelände verkauft und nicht in Erbpacht, wie von Die Linke gefordert, vergeben wird, finde ich unproblematisch. Die bauverein AG ist die Baugenossenschaft der Stadt Darmstadt und wird durch den mit Parlamentariern besetzten Aufsichtsrat kontrolliert. Daher ist die Gesellschaft vertrauensvoller Partner und man kann Effizienzvorteile nutzen.

Haushalt 2020

„Wir stehen an der Seite der Beschäftigten des Wohnpark Kranichstein“

Von Michael Siebel

Wir wollen ein klimafreundliches und soziales Darmstadt. Diese Ziele vor Augen, haben wir uns den Haushalt vorgenommen und Schwerpunkte gesetzt: beim Umwelt- und Naturschutz, bei der Verkehrswende, bei den Löhnen für städtische Beschäftigte und Wohnraum.

Die Debatte um den städtischen Haushalt ist die Königdisziplin unter den Debatten im Stadtparlament. Die Debatten der vergangenen Jahre wurden aber eher so geführt, dass der Magistrat dem Parlament die Welt erklärte und das Parlament und insbesondere die Opposition wie ein Hofnarr behandelt wurde, über dessen Haushaltsanträge die Regierung verächtlich lächelte.

Eine beliebte Erklärung der Regierung, Haushaltsanträge der Opposition abzulehnen ist der Hinweis darauf, dass man einfach eine Zahl gegriffen hätte, oder die Finanzierung unsolide sei.

Ich weise diesen Vorwurf zumindest für meine Fraktion zurück. Jeder unserer Vorschläge ist solide gegenfinanziert. Zum Thema „gegriffene Zahlen“ folgendes:



Ich greife zwei Anträge der Koalition und Kooperation heraus, die waren dermaßen unkonkret und mit gegriffenen Zahlen versehen. Beispiel: für den Waldschutz und Waldumbau 100.000.-€ bereit zu stellen, um ein Monitoring zu ermöglichen und klimaresistente Arten anzupflanzen. Oder den Antrag 100.000.-€ zur Umsetzung des Antrags „Höchste Priorität für den Klimaschutz, Weltklima in Not, Darmstadt handelt“.

Wer so mit dem Klimaschutz umgeht, nachdem die eigene Analyse des Klimaschutzplans ein desaströses Ergebnis erbrachte, lediglich 1,2% CO² Reduzierung in 5 Jahren, was heißt, dass wir die Klimaziele in Darmstadt erst im Jahr 2079 erreichen, nicht 2035, der handelt nicht verantwortungsbewusst und vorausschauend. Wenn die Länge so dramatisch ist, wie wir sie alle sehen, dann müsste viel mehr Geld eingestellt werden.



Aber wir werden unserer Rolle des Hofnarren gerecht und beantragen 400.000.-€ mehr zur Umsetzung von Maßnahmen im Klimaschutzprogramm – gerade vor dem Hintergrund der Berichterstattung der letzten Tage, des Brandbriefs der Initiative Klimaschutz und der gestern übergebenen über 5000 Unterschriften an den Magistrat.

Ich möchte nicht jede Entscheidung im Hinblick auf den Haushalt grundsätzlich in Frage stellen, aber bei einigen Dingen ein fundamentales Fragezeichen machen.

Das fängt bei der Sozialpolitik an. Wir beantragen einen Mindestlohn von 12.-€ für alle städtischen Bediensteten und all jene vom EAD sicher zu stellen. Die Begründung der Ablehnung in der 2. Lesung war schwach. Man wolle nicht in die Tarifautonomie eingreifen, als ob der Mindestlohn an sich nicht bereits ein Eingriff in die Tarifautonomie ist. Das haben wir im Einvernehmen mit den Gewerkschaften gemacht, weil das Tarifsysteem in manchen Bereichen nicht mehr funktionierte.

Wir wollen, dass Menschen von ihrem Lohn leben können und dass harte Arbeit angemessen entlohnt wird. Da hat die Stadt eine besondere Verantwortung und wenn diese

Stadtverordnetenversammlung heute ein Signal setzt, dass alle städtischen Bediensteten mindestens 12.-€ die Stunde bekommen, dann ist dies ein starkes Signal. Ein Signal, dass wir die Leistung unserer Mitarbeiter*innen wertschätzen und dass wir die Kraft haben, dies auch umzusetzen.

Auch deshalb beantragen wir erneut, die Eingruppierung von Erzieher*innen von der 8a in die 8b vorzunehmen. Das macht für eine Erzieherin 679 bis 5377 € pro Jahr aus. Und wir nehmen den Vorschlag der Sozialdezernentin auf und beantragen eine Kommission, die sich mit der besseren Bezahlung von Menschen im erzieherischen Bereich befassen und bis Mitte des Jahres Vorschläge dazu erarbeiten soll. Unter Beteiligung der Betriebsräte und der zuständigen Gewerkschaften. Wenn wir es ernst meinen mit der frühkindlichen Bildung, dann gehören diejenigen, die das Tag für Tag in den Kitas machen wertgeschätzt. Andere Städte tun dies auch. Wir gleichen zusätzlich noch einen Wettbewerbsnachteil Darmstadts aus.



Lassen sie uns den Mut haben, etwas für unsere Erzieher*innen zu tun und lassen sie uns einen Beitrag zur qualitativen Verbesserung der Arbeit leisten.

Wir haben in der zweiten Lesung über das Thema Job-Ticket diskutiert und wir wollen ja, dass wir in den Beratungen auch zu einem Erkenntnisgewinn kommen. Zumindest wir nehmen das für uns in Anspruch. Es ist eine schreiende Ungerechtigkeit, dass städtische Bedienstete ein Jobticket bekommen und solche, die im Auftrag der Stadt Leistungen in unterschiedlichen Bereichen erbringen, dies nicht in Anspruch nehmen können. Das ist der Fall bei Erzieher*innen, bei Arbeitenden in der Jugendpflege und in der Altenpflege. Deshalb fordern wir den Magistrat auf, mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege gemeinsam eine Lösung zu finden. Alles andere wird von den Betroffenen als Ungerechtigkeit empfunden – und das wollen weder sie noch wir.

Ich möchte gerne eine Vokabel des Kämmerers aus seiner Haushaltsrede aufnehmen. Er sprach an verschiedenen Stellen davon, welche Maßnahmen im Haushalt einen Beitrag zu einer klugen Risikovorsorge leisten würden. Und er sprach davon, dass die Bereitstellung von Gewerbeflächen zu einer solchen Risikovorsorge beitragen würde. Er sprach auch davon, dass Wohnungsbau der Risikovorsorge dienen würde, weil 15% der Einkommenssteuer bei der Stadt blieben.

Ich möchte diesen Gedanken aufnehmen, nenne es aber nicht Risikovorsorge, sondern Daseinsvorsorge. Aber warum wurde dann unser Antrag, einen dritten Förderweg für mittlere Einkommen aufzulegen, abgelehnt? Wir wollen damit jenseits der nicht ausreichenden Quoten des hessischen Wohnraumgesetzes bezuschussten Wohnraum für mittlere Einkommen öffnen. Wir wissen, dass die mittleren Einkommen prozentual die höchste Quote im Bezug auf ihr Einkommen bezahlen. Mittlere Einkommen haben zwei Chancen in Darmstadt wohnen zu bleiben: entweder sie zahlen 50% oder 60% von ihrem Einkommen für Miete, oder sie „verkleinern“ sich, sie wohnen in Wohnungen, die für ihre Familien eigentlich zu klein sind.

Beides ist nicht menschenwürdig und deshalb lassen sie uns qualifiziert darüber reden, wie wir genau für diese Bevölkerungsgruppe etwas tun können. Die SPD will, dass mittlere Einkommensgruppen auch in Darmstadt gut leben und wohnen können.

Ich will ein weiteres Beispiel für unausgereifte Haushaltspolitik der Koalition benennen: Es stehen 10 Mio. im Haushalt für den Aufkauf von Grundstücken. Mit den nicht verausgabten Mitteln aus diesem Jahr sogar ca. 18 Mio.€. Warum sträubt sich die Stadtregierung dagegen, für die Mittel zum Ankauf von Grundstücken ein Konzept zu erarbeiten, welche Flächen denn rückgekauft werden sollen. Eine vorsorgende Bodenpolitik bedeutet, dass wir wieder mehr Grund und Boden in die Obhut der öffentlichen Hand bekommen, dass wir das Prinzip Erbpacht wieder aufleben lassen.

Das ist auch notwendig, um private Bauherren zu motivieren, Wohnungsbau zu betreiben. Wir wissen schon heute, dass die 10.000 Wohnungen bis 2020 – sollten sie gebaut oder zumindest geplant sein - nicht ausreichen. Wir brauchen 15.000 Wohnungen.



Deshalb hat meine Partei neuen Wohnungsbau zwischen Arheilgen und Wixhausen in die Diskussion gebracht und herzlichen Dank an die Koalition, die unserem Antrag auf Einstellung von Planungsmitteln für eine Straßenbahn nach Wixhausen zugestimmt hat.

Wir haben uns in den vergangenen Jahren immer heftig über die Erhöhung der Grundsteuer B gestritten. Sie wurde 2012 von 370 Punkte auf 460 Punkte erhöht. 2015 erfolgte die nächste Erhöhung von 460 auf 535 Punkte. 2018 wollte der Magistrat die Grundsteuer ein drittes Mal von 535 auf 650 Punkte erhöhen. Das ist am Widerstand der nicht Koalitionsfraktionen gescheitert. Die gute Finanzlage ermöglicht es uns jetzt, den Bürgerinnen und Bürgern wieder etwas zurückzugeben. Die Grundsteuer belastet alle, Hausbesitzer und Mieter. Wir konnten uns bisher noch nicht durchsetzen, die Umlagefähigkeit auf die Miete abzuschaffen.

Deshalb beantragen wir, die Grundsteuer moderat um 20 Punkte auf 515 Punkte zu senken, was bedeutet, dass im kommenden Jahr Bürgerinnen und Bürger knapp 1,5 Mio. € weniger bezahlen müssen.

Bürgerinnen und Bürger müssen auch entlastet werden, wenn es an der Zeit ist. Die Grundsteuerschraube darf nicht immer weiter angezogen werden. Diese Diskussion haben wir in anderen Kommunen bereits geführt. Wir sollten mutig sein, als erste Kommune Hessens die Konsequenz aus der unerwartet guten Haushaltslage zu ziehen und die Grundsteuer moderat zu senken.

Kurz gefragt & schnell beantwortet



Oliver Lott: „Gibt es Pläne, die Fensterscheiben des Darmstadtiiums mit Raubvögeln zu bekleben, um ein Vogelsterben zu vermeiden?“

Oberbürgermeister Jochen Partsch: „Anlass der Frage war der konzentrierte Vogelschlag an der Glasfront des hinteren Foyers des Darmstadtiiums vor wenigen Wochen. Dabei kamen leider offensichtlich gleich mehrere Vögel zu Schaden.

Im Rahmen von täglichen Rundgängen innerhalb und außerhalb des Darmstadtiiums durch die Haustechnik der Wissenschafts- und Kongresszentrum GmbH & Co.KG werden alle Ereignisse protokolliert und für diese Lösungen gefunden.

Dabei konnten zwar schon in der Vergangenheit vereinzelt Vogelschlagfälle im hinteren Bereich des Darmstadtiiums festgestellt werden, jedoch nie in demselben Ausmaße wie vor wenigen Wochen. Daher ist davon auszugehen, dass es sich um einen Schwarm Zugvögel handelte.

Die Wissenschafts- und Kongresszentrum GmbH & Co.KG hat bereits darauf reagiert und in Abstimmung mit einem Ingenieurbüro für Scheibenfolierung 5 Greifvogelaufkleber in anthrazit, 60 cm, bestellt. Die Anbringung erfolgt durch dasselbe Ingenieurbüro, das im vergangenen Jahr die gesamte Südfassade des Darmstadtiiums mit einer speziellen Sonnenschutzfolie foliert hat. Hierbei ist noch ein Gewährleistungsschaden offen, der im Frühjahr 2020 behoben werden soll. Zu diesem Zeitpunkt ist ebenfalls die Anbringung der Greifvogelaufkleber angedacht. Eine frühere Anbringung ist aus wirtschaftlichen Gründen wenig sinnvoll, da allein für die Miete einer Gelenkarmhebebühne Kosten von ca. 1.200 EUR fällig wären. In Anbetracht der Tatsache, dass es sich bisher um wenige Einzelfälle handelte – abgesehen vom Vorfall vor wenigen Wochen – soll von einer frühen Beklebung abgesehen werden.

Anne Marquardt: „Wird die Kita-Anmeldeplattform Tolina zukünftig auch in einer anderen Sprache als Deutsch angeboten?“

Stadträtin Barbara Akdeniz: „Das Anmeldeportal Tolina wird ab dem Jahr 2020 von Handy, Tablet und PC bedienbar sein und in weiteren Sprachen (Englisch, Französisch, Türkisch) angeboten werden. Derzeit finden darüber Abstimmungen mit der Firma Tolina statt.

